

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptstaatsamts Riesa.

Verlagsort: Dresden 1000, Große Straße Nr. 52.

Nr. 48.

Sonnabend, 26. Februar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bahn. Für den Post des Eintrags von Produktionsunternehmungen, Erzeugnissen der Fabrik und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 10 Gold-Pfennige; die 33 mm breite Halbezeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraumbereit und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife. Vermittelter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingehender und über den Auftraggeber in Kenntnis gesetzt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: "Erzähler am der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsrecht und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: GutsMuths-Str. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Strick, Riesa.

Botshafter Kaulher in Berlin.

Das Reichskabinett trat am Freitag nachmittags zusammen, um den Bericht des Botshafter Kaulher in Warschau entgegenzunehmen. Die polnische Regierung hat den deutschen Botshafter vor seiner Abreise noch einmal empfangen, um ihn über ihre Haltung in der Ausweitung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen aufzuklären. Daß der entstandene Konflikt zwischen Polen und Deutschland in erster Linie politische Ursachen hat, wird daran klar, daß nicht der polnische Handelsminister, sondern der Außenminister die jetzigen Verhandlungen auf Forderung der Streitigkeiten führt.

Herr Jaleski hat es noch einmal abgelehnt, die Ausweitungspolitik deutschen Staatsangehörigen gegenüber jetzt zu beenden. Dagegen hat er sich bereit erklärt, Verhandlungen in dem Sinne abzugeben, daß jeder Fall eingehend vom Ministerium geprüft werden solle, ehe der Ausweitungsbefehl erteilt wird. Nach den polnischen Vorschlägen soll sich die Reichsregierung jetzt damit einverstanden erklären, daß die unterbrochenen Wirtschaftsbeziehungen wieder aufgenommen werden, und daß in diesem Zusammenhang die Rechtsfragen gründlich durchgeprüft werden. In tariflicher Hinsicht will Polen dem deutschen Standpunkt mehr Rechnung tragen, falls es die Gewähr dafür erhält, daß die Grenzverhältnisse von Deutschland vorläufig nicht angegriffen werden. Auf diese Frage konzentriert sich augenblicklich die polnische Staatspolitik, die darin volle Unterstützung von Frankreich findet. Botshafter Kaulher hat auch über dieses Problem dem Kabinett wichtige Mitteilungen überbringen können. Die Auffassung in Warschau deutet sich vollkommen mit der abweichenden Haltung der Besatzungsmächte hinsichtlich der Aufstellung der Entmilitarisierung des Rheinlandes. Eine internationale Ausschüsse über das Räumungsproblem wird wieder in London, noch in Paris oder Brüssel gewünscht. Man hat in den Weststaaten dringendere Angelegenheiten zu erledigen, zu denen für England die Kämpfe in China und das Verhältnis zu Frankreich, für Frankreich die Langenbergsprechungen, die Schuldenfragen mit Amerika und die eigene Finanz- und Wirtschaftspolitik, für Belgien ebenfalls wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten in erster Reihe zu zählen sind.

Im Reichskabinett ist ein Beschluß darüber, ob Dr. Stresemann persönlich an den Genfer Verhandlungen teilnehmen soll, noch nicht gefaßt worden. Es herrschen zwei Auffassungen vor. Die eine Richtung behauptet, daß es einen Preisverzicht für Deutschland bedeutete, wenn die Außenminister Frankreichs und Englands der Tagung fernblieben, wenn sie das erste Mal unter dem Vorzeichen Deutschlands abgehalten wird. Die andere Ansicht geht dahin, daß die persönliche Vertretung des Reichsaußenministers im Hinblick auf die wichtigen Saarverhandlungen dringender notwendig ist, und daß auch im übrigen Dr. Stresemann reichlich Gelegenheit hätte, die eigene und Deutschlands Stellung in Genf zu festigen. Botshafter Kaulher wird in den nächsten Tagen nach in Berlin bleiben, um die deutsch-polnischen Fragen mit den Ressortministern durchzusprechen. Er wird am Dienstag wieder in Warschau sein, wo ein Empfang beim Außenminister Jaleski vorgesehen ist, der bereits am Mittwoch Warschau verlassen wird, um sich nach Genf zu begeben. Wahrscheinlich wird ihn die Reise zurück über Paris nach der Schweiz führen, und er dürfte Briand von den letzten Unterredungen mit Kaulher Kenntnis geben, damit Frankreich seine So und danach einstellen könnte. Wann die Zusammenkunft Jaleski mit Dr. Stresemann stattfinden wird, steht noch nicht fest. Von ihr wird es jedenfalls abhängen, ob die deutsch-polnischen Wirtschafts- und Rechtsverhandlungen Mitte März wieder aufgenommen werden können.

Den Berliner diplomatischen Kreisen ist über die Neugestaltung des deutsch-polnischen Verhältnisses wichtiges Material zugegangen, das auf eine sich anbahnende Verständigung beider Länder schließen läßt. Allerdings ist die parlamentarische Lage in Warschau, dessen Landtag jetzt zusammentritt, derzeit kritisch und unübersichtlich, daß die Neuorientierung noch keinen festen Kurs bedeuten muß.

Beendigung der Mission des Generals von Pawel.

Berlin. (Frankfurt.) Amtlich. Nach Auflösung der internationalen Militärkontrollkommission und der für den Verkehr mit dieser Kommission besonders eingerichteten Organisation des Reichswehrministeriums ist auch die Tätigkeit des Reichskommissars und Vertreters der deutschen Reichsregierung gegenüber der internationalen Militärkontrollkommission beendet. Der Herr Reichskanzler hat daher Herrn Generallieutenant von Pawel von seiner Tätigkeit als Reichskommissar entbunden und die ihm beabsichtigte Ministerialkommission aufgelöst.

Der Herr Reichskanzler hat Herrn Generallieutenant von Pawel seinen und der Reichsregierung warmen Dank für die von ihm in den vergangenen 2 1/2 Jahren geleistete Arbeit, die für Deutschland von allergrößtem Wert war, ausgesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Reichsregierung die Arbeitskraft und Sachkenntnis des Herrn Generallieutenants von Pawel noch weiter zur Verfügung stehen möchte.

Briand über seine Politik gegenüber Deutschland.

Paris. (Frankfurt.) Briand hat dem Petit Parisien über die französische Politik gegenüber Deutschland Erklärungen abgegeben, die im wesentlichen folgendes betreffen: Die Friedenspolitik, die mit Zustimmung des Parlements fortgesetzt wird, wird in vollem Einvernehmen mit unseren ehemaligen Alliierten und unseren Freunden betrieben. Sie hat zum Zweck, nicht nur zwischen Deutschland und Frankreich alle Konfliktpunkte zu beseitigen, sondern sie will auch durch politische und wirtschaftliche Abkommen die beiden Länder so eng und dauerhaft wie möglich einander näherbringen, um nach und nach einen Zustand der moralischen Solidarität und der materiellen Abhängigkeit zu schaffen.

Es handelt sich um einen natürlichen Lauf der Dinge in den lebendigen Beziehungen der beiden großen Nachbarstaaten, die sich beide ergänzen und nicht von einander trennen, eine Neuorientierung herbeiführen. Ich habe immer gesagt, daß dies ein Wert auf lange Sicht sein wird, das viel Geduld, viel Mut und viel Takt von beiden Seiten erfordert, und daß der zu beschreitende Weg mit Hindernissen besetzt ist. Ich bin diesen Weg gegangen trotz dieser Schwierigkeiten.

Geben wir, so fragt Briand, nicht einen guten Teil des Weges bereits zurückgelegt und sind die erzielten Resultate nicht schon sehr beachtenswert? Man muß zurückdenken an den Ausgangspunkt, an den Versailles Vertrag. Man muß sich daran erinnern, wieviel Schicksal man um ihm in Deutschland noch mehr als in Frankreich gelitten hat. Dieser Vertrag ist seit Locarno eine freiwillig angenommene Abmachung geworden, denn das bedeutet doch Locarno: Freie Annahme durch das gesamte Deutschland einschließlich des Reichspräsidenten von Hindenburg, der die Abkommen betrat. In Versailles festgelegten Grenzen unterzeichnet hat. Es ist die freiwillig übernommene Verpflichtung, namentlich die Abgrenzung zu respektieren und die formelle Anerkennung, daß Grenz-Zwischenfälle französisches Gebiet geworden ist.

Ich weiß, daß man auf die polnische Grenze hinweisen wird und daß nach dieser Seite eine Gefahr vorhanden ist. Immerhin hat sich das Deutsche Reich in Locarno verpflichtet, seine Abgrenzung dieser Grenzen durch Gewalt zu verhindern. Nach weiterer Darlegung des bekannten französischen Standpunktes über die Bedeutung des Locarnovertrages für Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei bemerkt Briand weiter: Deutschland habe sich jetzt entschlossen dem Westen zuzuwenden und beizutreten, daß sein wirkliches Interesse darin besteht, sich mit den Alliierten, insbesondere mit Frankreich, zu verständigen. Diese entscheidende Wandlung von ungeheurer Tragweite in der Geschichte Europas habe sich in Locarno vollzogen.

Briand besprach dann den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nach dem verunglückten Versuch im März und

erklärte, Deutschland ist jetzt Mitglied des Völkerbundes. Inhaber eines künftigen Sitzes im Völkerbundrat und hat das Statut freiwillig anerkannt und die Verpflichtungen übernommen, die ihm der Versailles Vertrag und die später abgeschlossenen Verträge auferlegen.

Dies sind seine Vertreter, namentlich sein Außenminister, gezwungen, viermal im Jahre nach Genf zu reisen, um sich mit den Staatsmännern zu besprechen. Zeit diesen Zusammenkünften und dank des persönlichen Verkehrs besteht die Möglichkeit, endlich im Einvernehmen mit unseren Alliierten von gestern und unseren Freunden eine große Politik der deutsch-französischen Annäherung zu betreiben, deren Anhänger Stresemann ebenso sehr ist wie ich und ohne die es unmöglich ist, an einen restlosen Wiederanbau Europas zu denken. Bedeuten diese Tatsachen nicht einen beachtlichen Fortschritt und schließen sie nicht eine tiefe Verbannung des öffentlichen Geistes in beiden Ländern und namentlich in Deutschland in sich?

Für mich liegt das Wesentliche dieser moralischen Evolution in den lebendigen Beziehungen der Länder, deren natürliche Annäherung nicht weniger ein psychologisches als ein wirtschaftliches und politisches Problem darstellt. Briand äußerte sich dann über die deutsche Kampagne für die vorzeitige Räumung der Rheinlande und erklärte: Was bedeutet das? Ist das etwas Anormales, daß die Deutschen die Freiheit ihres Bodens fordern? Würden wir nicht das Gleiche tun? Und ist das kein Grund, daß sie ihre Forderungen in ihren Zeitungen und Nebenformalitäten, ohne die Erfüllung der nicht nur in den Verträgen von Locarno, sondern im Versailles Vertrag Art. 131 festgelegten Bedingungen abzumarten?

Briand erwähnte dann Loisy und die Frage der vorzeitigen Räumung des Rheinlandes. Diese Frage sei nicht der Gegenstand irgendeiner Verhandlung gewesen. Sie sei ja doch in Wirklichkeit eine internationale Angelegenheit. Die den drei interessierten Mächten zu liefernden Garantien seien außerordentlich schwierig durchzuführen, also warum Polemiken über diesen Gegenstand und über das, was das neue Kabinett Marx tue. Man wisse diesem Kabinett vor, daß es reaktionäre Elemente, Gegner der Republik und der Annäherungspolitik enthalte! Um es zu beurteilen, würde es das Beste sein, seine Handlungen abzumarten.

Im übrigen, so schloß Briand, wäre es besser, es nicht fortzusetzen über die Reorganisation der Chantzen des Deutschlands zu klagen, das französische Heer und seine eigenen Grenzen zu organisieren. Die Bedingungen und Sicherheiten liegen nur bei uns. Wir müssen sie schaffen und dabei nicht den Friedensgedanken außer acht lassen, denn wir dann ohne Angst und Schwäche alle unsere Anforderungen widmen können.

Der Marineetat im Haushaltsausfluß.

Berlin. Im Haushaltsausfluß des Reichstages tabelle die Fortführung der Beratung des Marineetats Abgeordneter Schöpslin (Soz.), daß kein Bedarf des Kreuzers "Gamburo" in San Francisco ein Offizier despeltischen Bezeichnungen über die schwarz-rot-goldene Rosette gemacht habe.

Wehrminister Dr. Gehler erwiderte, daß der betreffende Offizier entlassen werden würde, wenn sich der Wahrheitsbeweis für die behauptete Kreuzerführung führe ließe. Aber dieser Beweis fehle. In San Francisco sei keineswegs das Wort "Republik" von unseren Leuten vorgetragen worden, sondern im Gegenteil habe der vorstehende Kapitän Groß ausdrücklich von einer jungen deutschen Republik gesprochen. Marine und Heer müßten aus dem Kampf der Parteien heraus, sie gehörten allen Parteien. Admiral Jenter begründete die vermehrten Auslandskreisen der Marine. Die Repräsentationsgelder seien namentlich für den Auslandsbesuch außerordentlich niedrig. Die Verpflegung der Offiziere und Bediensteten bedürfe der Aufbesserung. Der Redner machte noch eine Reihe vertraulicher Mitteilungen und bemerkte, eine Marine ließe sich nicht improvisieren; werde sie einmal abgebaut, so lasse sie sich nicht in kurzer Zeit neu schaffen.

Abgeordneter Gogger (Soz.) erklärte, seine Freunde seien lediglich gegen ein Rudel der Auslandsfahrten und wies die Forderung der Kommunisten auf Abschaffung der Marine zurück. — Abgeordneter Stücken (Soz.) verwachte seine Partei gegen den Vorwurf, daß sie die Pflicht der Verteidigung ihres Landes verneine. Aber die Verlegung der Landesverteidigung entbehre nicht der Pflicht der Sparsamkeit, auch bei Auslandsreisen. — Abgeordneter Rönneburg (Dem.) begründete die Notwendigkeit von Abstrichen.

Wehrminister Dr. Gehler wies die Gerüchte zurück, daß der Finanzminister mit dem Marineetat nicht einverstanden sei. Zur notwendigen Repräsentation der Auslandsreisen gehörten die Besuche der Auslandsregierungen und Behörden. Juge man sich da nicht den internationalen Verpflichtungen, so lasse man unangenehm auf.

Nach Abschluß der allgemeinen Aussprache wurde die Entschließung der Deputierten angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, mit dem nächstjährigen

Gesundheitsplan einen wesentlich vereinfachten Verwaltung- und Organisationsplan für die Reichsmarine vorzulegen.

In der Einzelbesprechung wurde von Abgeordneten aller Parteien die Verletzung des Budgetrechts des Reichstages kritisiert, die dadurch geschehen sei, daß die Marineetats-Friedrichsort trotz der Ablehnung des betreffenden Etatstittels im Nachtragetat für 1926 durch die Marineleitung erfüllt worden sei. Demgegenüber erklärte Reichswehrminister Gehler und Admiral Jenter, daß der Verwirklichung jede Verletzung des Budgetrechts des Reichstages fernzulegen habe. Die im Winter 1925/26 vorerhaltenen Frontberichte über die Ausbildung der Unteroffiziere hätten nachdrücklich auf die Unzulänglichkeit des jetzigen Ausbildungssystems hingewiesen. Diesen Mängeln wurde abgeholfen durch Abhaltung von Kursen zur Ausbildung von Unteroffizier-Anwärtern. Zweck besserer Organisation sollten diese Kurse in der Kaserne in Friedrichsort zusammengeführt werden. Es müßten aber größere Instandsetzungen dieser 56 Jahre alten Kaserne vorgenommen werden, die im Rahmen des Dispositivrechts auf zur Verfügung stehende Fonds übernommen wurden.

Von diesen Erklärungen erklärten sich die Parteien, soweit die politische Seite der Sache in Betracht kam, einverstanden. Die etatsrechtliche Seite wurde zur weiteren Beratung dem Unterhaushalt überwiefen.

Zur Beendigung der Beratung des Marineetats wurde eine Abendigung anberaumt.

Verhandlungen um den Reichswehretat.

Berlin. Wie verlautet, werden die offiziellen Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Regierungsparteien wie auch Berichterstatter der demokratischen und sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen über den Etat des Reichswehrministeriums in der nächsten Woche stattfinden.

Ministerpräsident Heldt in Berlin.

Dresden. Wie wir erfahren, hat sich Ministerpräsident Heldt heute nach Berlin begeben, um den Herrn Reichspräsidenten und den Reichskanzler seinen Eintrittsbezug abzuhandeln. Am Abend wird er einer Einladung des höchsten Beamten Dr. Gradnauer Folge leisten.